

Aus aktuellem Anlass dokumentieren wir hier unser Flugblatt vom Juni 2010. Zum IG-Metall-Gewerkschaftstag 2019 gibt es an vielen Orten, von der Gewerkschaftsbasis und von gewerkschaftlichen Gremien Anträge zur Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die MLPD. Darauf reagiert die IG-Metall-Führung aktuell wieder mit übler antikommunistischer Hetze und Verleumdung. Da sich ihre (übrigens bundesweit einheitlich und damit offenbar zentral ausgerichteten) „Argumente“ seit 2010 kaum verändert haben, ist unser Flugblatt noch immer aktuell – auch wenn sich konkret z.B. geändert hat, dass Berthold Huber nicht mehr IG-Metall-Vorsitzender ist. Die Auseinandersetzung bekommt **heute eine zunehmende Bedeutung** - angesichts des notwendigen gemeinsamen Kampfes ge-

gen die Rechtsentwicklung der Regierung und angesichts der bevorstehenden Angriffe auf die Arbeiter mit den eingeleiteten Strukturkrisen zur Umstellung auf E-Mobilität und zur Digitalisierung sowie zunehmenden Vorzeichen einer neuen Weltwirtschafts- und Finanzkrise.

Angesichts dieser Situation kann es ja wohl weniger denn je sein, dass linke und revolutionäre Kräfte aus der Gewerkschaft gedrängt werden, statt sich gegen die Rechtsentwicklung und faschistoide Kräfte zusammenzuschließen. Wichtige Tarifkämpfe und die Arbeiterbewegung an der Spitze des Kampfs gegen die Rechtsentwicklung stellen die **Notwendigkeit einer starken und kämpferischen Einheitsgewerkschaft** dringender denn je auf die Tagesordnung!

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

www.mlpd.de

Juni 2010

Verteidigt und stärkt die IG Metall als Einheitsgewerkschaft!

Erklärung der MLPD zur Bestätigung und Verschärfung des Unvereinbarkeitsbeschlusses gegen die MLPD, ihre Sympathisanten, Unterstützer und andere klassenkämpferische Kollegen durch den IG-Metall-Vorstand

1. Unvereinbarkeitsbeschlüsse im Geist des reaktionären KPD-Verbots

Im Geist des reaktionären KPD-Verbots von 1956 gibt es seit den 1970er Jahren in der IG Metall sogenannte Unvereinbarkeitsbeschlüsse (UVB) gegen linke Organisationen und Gruppierungen, die damit zu „gegnerischen Organisationen“ erklärt werden. Wer Mitglied einer dieser Organisationen ist bzw. ihre Aktivitäten unterstützt, kann danach ohne Untersuchungsverfahren aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Die MLPD und viele Gewerkschafter und Vertreter aus der demokratischen Öffentlichkeit haben gegen dieses Relikt aus der Zeit des „Kalten Krieges“ seit Jahren protestiert. Verschiedenste Einzelgewerkschaften wie Ver.di oder NGG haben diese undemokratische Praxis nie übernommen und angewandt, weil sie undemokratisch ist und die Einheitsgewerkschaft zerstört.

2. Starke Einheitsgewerkschaften als Lehre aus der Geschichte

Mit der Einheitsgewerkschaft auf antifaschistischer Grundlage haben kommunistische, sozialdemokratische, christliche und parteilose Gewerkschafter nach dem II. Weltkrieg die Lehren aus dem Faschismus gezogen. Im Widerspruch dazu hielt der IG-Metall-Vorstand an den UVB fest und wandte sie seit dem in den 1980er Jahren ausschließlich gegen die MLPD an.

3. 21. Gewerkschaftstag der IG Metall will UVB abschaffen

Auf dem 21. Gewerkschaftstag der IG Metall 2007 wurden wie auf vergangenen Gewerkschaftstagen auch, Anträge zur Aufhebung der UVB gestellt. Zur Beratung lag der Antrag aus Chemnitz vor, in dem es

unter anderem heißt: „*Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Organisationen der linken Richtung sind nicht zeitgemäß und deshalb aufzuheben.*“ Eine Mehrheit stimmte zu, den Antrag als „*Material an den Vorstand*“ zu überweisen, nachdem der Sprecher der Antragskommission erklärt hatte, es gelte „*die gleiche Argumentation wie beim letzten Antrag*“. Dort hatte er erklärt: „*Ein Unvereinbarkeitsbeschluss muss im Detail bearbeitet und vom Vorstand beschlossen werden. Deshalb heißt ‚Material an den Vorstand‘ an dieser Stelle nicht, dass wir inhaltlich strittig sind. Wir sind uns zu hundert Prozent in diesem Saal inhaltlich einig.*“ (Nachzulesen im Protokoll, S. 760 ff.) Entgegen diesem klaren Auftrag des Ge-

Fortsetzung auf S. 2

werkschaftstags hat der IG-Metall-Vorstand auf seiner Sitzung am 9.2.2010 beschlossen, „den Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der MLPD aufrechtzuerhalten und die MLPD weiterhin als gegnerische Organisation einzustufen.“ Selbstherrlich setzt sich der IG-Metall-Vorstand damit über die Delegierten des 21. Gewerkschaftstags hinweg.

4. Für Gewerkschaften als Kampforganisationen

Als Arbeiterpartei setzt sich die MLPD konsequent für **starke Gewerkschaften als Kampforganisationen zur Verteidigung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen** ein. In diesem Sinn sind Genossinnen und Genossen der MLPD seit Jahrzehnten in den Gewerkschaften aktiv, haben Tausende von Mitgliedern für die Gewerkschaften gewonnen, Vertrauenskörper mit aufgebaut und sich als unbestechliche betriebliche und gewerkschaftliche Funktionäre den Respekt und das Vertrauen ihrer Kolleginnen und Kollegen erworben. Die wichtigsten Arbeiterkämpfe in Deutschland sind untrennbar mit dem Namen der MLPD verbunden wie z. B. der Arbeitskampf der Stahlarbeiter in Rheinhausen 1987/88 oder der Opel-Streik in Bochum 2004, der gemeinhin der MLPD zugerechnet wird. Wie passt das alles mit einer angeblichen Gewerkschaftsfeindlichkeit der MLPD zusammen?

5. Für konzernweite Kämpfe über Ländergrenzen hinweg

Die Internationalisierung der Produktion hat den Konkurrenzdruck auf die Arbeiter verschärft. Daraus ergeben sich neue Anforderungen an die Gewerkschaften und es sind auch neue Organisationsformen notwendig. Die MLPD unterstützt deshalb konzernweite Kämpfe der Arbeiter über Ländergrenzen hinweg und fördert Zusammenschlüsse



wie z. B. den internationalen Automobilarbeiterratschlag. Der IG-Metall-Vorstand sieht darin „Konkurrenzaktivitäten zu gewerkschaftlichen Strategien“. Wenn etwas der gewerkschaftlichen Strategie widerspricht, dann ist es eine bornierte Standortpolitik und die Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Konkurrenzfähigkeit der Konzerne, nicht aber der internationale Zusammenschluss der Arbeiter.

6. Für ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht

Dafür tritt die MLPD seit 1974 ein! Was in anderen europäischen Ländern selbstverständlich und zum



7-Tage-Streik, Torblockade und Werksbesetzung bei Opel/Bochum 2004 setzen ein Zeichen für die Arbeiteroffensive

Teil bereits europäisches Recht ist, nämlich das Recht auf Solidaritätsstreiks, politische Streiks und Generalstreik, ist in Deutschland verboten. Selbst gewerkschaftliche Streiks sind durch die Rechtsprechung ganz eng gefasst. Deshalb sind die Arbeiter gezwungen, in bestimmten Situationen selbständig zu streiken. Für die MLPD als Arbeiterpartei ist es selbstverständlich, nicht nur gewerkschaftliche Streiks vorbehaltlos zu unterstützen, sondern den Arbeitern auch zu helfen, gerade solche selbständige Streiks zu führen! Genau das aber macht der IG-Metall-Vorstand der MLPD zum Vorwurf! Damit stellt er sich aber gegen Hunderttausende Arbeiter, die mit selbständigen Streiks einen Lohnnachschlag durchgesetzt, ihre Arbeitsplätze verteidigt oder gegen die Regierung auf die Straße gegangen sind! Der Vorstand der IGM könnte sich einiges von der Bundeskonferenz der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt abgucken, wo die Forderung nach einem politischen Streikrecht sogar in die Satzung aufgenommen wurde.

7. Für eine grundsätzliche gesellschaftliche Alternative

Karl Marx hat die Arbeiter davor gewarnt, sich nur auf den Kampf innerhalb des Kapitalismus zu beschränken, weil damit nur die Wir-



Programm der MLPD

160 Seiten

Taschenbuch: 1,00 Euro
ISBN: 978-3-88021-445-3

E-Book: 0,49 Euro
ISBN: 978-3-88021-467-5

kungen, nicht aber die Ursachen bekämpft werden. Er rät den Arbeitern deshalb, „auf ihr Banner die revolutionäre Losung (zu) schreiben: *Nieder mit dem Lohnsystem!*“ (K. Marx, „Lohn Preis, Profit“). Die MLPD tritt innerhalb der Gewerkschaften diese revolutionäre Richtung und stößt dabei auf ein wachsendes Interesse in den Betrieben und auf der Straße. Genau das aber ist dem IG-Metall-Vorstand ein Dorn im Auge! Deshalb giftet er besonders gegen die wissenschaftliche Notwendigkeit einer Diktatur des Proletariats im Sozialismus, wie sie von Karl Marx als Alternative zur Diktatur der Bourgeoisie begründet wurde! Die Einschätzung von Stalin oder Mao Tsetung kann genauso wenig wie die Anerkennung und Verteidigung des Kapitalismus in Form der „freiheitlich-demokratischen

Grundordnung“ zur Voraussetzung der Mitgliedschaft in der IG Metall gemacht werden. Wer dies wie der IG-Metall-Vorstand macht, der zerstört die Überparteilichkeit der Gewerkschaft und verwandelt die IG Metall in eine staatstragende Richtungsgewerkschaft.

8. Verfassungsschutz, reaktionäre und faschistoide Kräfte als Kronzeugen

Zur Einstufung der MLPD als „generische Organisation“ ist sich der IG-Metall-Vorstand nicht zu schade, auch ultrarechte, dem faschistoiden Lager zugerechnete „Wissenschaftler“ als Kronzeugen anzuführen. Originalzitate aus Dokumenten der MLPD werden mit übelsten Geheimdienstquellen vermischt.

Die Verleumdung der MLPD als angebliche „Sekte“ kommt aus der Feder des „Bundesministeriums für Verfassungsschutz“ (BfV) und wird unter anderem damit begründet, dass Stefan Engel seit 1982 Parteivorsitzender ist. Es ist allein Sache der MLPD, wen sie als Vorsitzenden wählt. Stefan Engel ist seit 37 Jahren ununterbrochen Mitglied einer Gewerkschaft. Nach seinem Ausschluss aus der IG Metall ist er aus Protest gegen dieses undemokratische Vorgehen umgehend von den IG Medien, heute Ver.di, aufgenommen worden. Er ist seit seiner Ju-

gend gewerkschaftlich aktiv, war Berater vieler Belegschaften und Kollegen bei Kämpfen und Streiks und hat als MLPD-Vorsitzender dafür gesorgt, dass diese Erfahrungen ausgewertet und der internationalen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung zur Verfügung gestellt werden. Vom Verfassungsschutz wird jeder verleumdet und als Sonderling dargestellt, der nicht bereit ist, sich mit Pöstchen kaufen zu lassen und sich im kapitalistische System einzurichten.

9. Welche Rolle spielt der erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber?



Berthold Huber

Der Beschluss zur Bestätigung und Verschärfung des Unvereinbarkeitsbeschlusses gegen die MLPD wurde persönlich von Berthold Huber eingebracht. Berthold Huber war bis 1980 über zwölf Jahre im **KABD**, einer Vorläuferorganisation der MLPD, organisiert. Er hatte dort auch verantwortliche Funktionen in der Anleitung und Kontrolle der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit inne. Deshalb weiß er genau, dass das Zerrbild über die MLPD an den Haaren herbeigezogen ist. Würde, wie der IGM-Vorstand behauptet, der demokratische Zentralismus der



Willi Dickhut Gewerkschaften und Klassenkampf

Wer sich selber ein Bild über die Gewerkschaftsarbeit der MLPD machen will, dem empfehlen wir das Buch „Gewerkschaften und Klassenkampf“ von Willi Dickhut, dem Mitbegründer der MLPD. Dieses Buch ist ein unverzichtbares Handbuch für jeden aktiven und kämpferischen Gewerkschafter und Arbeiter.

zu bestellen bei:
Verlag Neuer Weg, Alte Bottroper Str. 42,
45356 Essen, verlag@neuerweg.de
Webshop: www.people-to-people.de

374 Seiten, 14,50 Euro
ISBN 978-3-88021-169-8

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

MLPD ihren Mitgliedern unmöglich machen, Beschlüsse der IGM mitzutragen, hätte Berthold Huber niemals als aktives Parteimitglied zugleich jahrelang Gewerkschaftsfunktionär sein können.

Für die Karriere in der Gewerkschaft hat Berthold Huber nicht nur die Perspektive des Sozialismus verraten, sondern ist dazu übergegangen, ihn aktiv zu bekämpfen. Berthold Huber sollte aufhören, sich als Antikommunist über die Herbeiführung solcher Beschlüsse bei wem auch immer anzubiedern. Für solche Ambitionen ist die Einheit der Gewerkschaft zu bedeutend.

10. Der undemokratische Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die MLPD muss zurückgenommen werden

Es ist sicher kein Zufall, dass der IG-Metall-Vorstand gerade jetzt die UVB gegen die MLPD verschärft, wo die Krisenhaftigkeit und die Untauglichkeit des Kapitalismus, die grundlegenden Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen, immer offensichtlicher werden. Das Stillhalteabkommen und der Schmusekurs der IGM-Führung mit Kanz-

Die Broschüre als aktuelle Ergänzung zu den neuen Fragen, die die Krise aufwirft ...

... um die heutige komplizierte Situation zu verstehen und zu verarbeiten!

Buch und Broschüre arbeiten unter anderem heraus, wie heute das internationale Finanzkapital seine allseitige Diktatur über die ganze Welt organisiert hat. Und wie diese Diktatur mitsamt ihren Krisen revolutionär beseitigt und durch die vereinigten sozialistischen Staaten der Welt abgelöst werden kann.

Stefan Engel, Götterdämmerung über der „neuen Weltordnung“, 592 Seiten, Taschenbuch, ISBN 978-3-88021-357-9: 14,80 Euro

Stefan Engel, Bürgerliche politische Ökonomie vor dem Scherbenhaufen – Einige Ergänzungen zur marxistisch-leninistischen Krisentheorie, 52 Seiten, ISBN 978-3-88021-373-9: 2,00 Euro



Das Buch mit der Hintergrundanalyse zur größten Weltwirtschafts- und Finanzkrise des Kapitalismus. Sie hat sich seither Seite für Seite bestätigt.

Verlag Neuer Weg, Alte Bottroper Str. 42, 45356 Essen, verlag@neuerweg.de
Webshop: www.people-to-people.de

lerin Merkel und dem Monopolverband BDI wird mehr und mehr an der gewerkschaftlichen Basis kritisiert. Mit dem eingeleiteten Taktikwechsel zur rigorosen Abwälzung der Krisenlasten durch Regierung und Monopole fürchten die Herrschenden in Deutschland zu Recht Massenkämpfe wie in Griechenland, die zu einer Revolutionierung der Massen beitragen können. Deshalb trifft der Beschluss des IG-Metall-Vorstands auch alle Kolleginnen und Kollegen, die sich für die Gewerkschaften als Kampforganisation einsetzen, die wie die

MLPD die Politik der Unterordnung der Gewerkschaften unter das Krisenmanagement von Regierung und Monopole ablehnen und eine gesellschaftliche Perspektive suchen. Wir fordern den IG-Metall-Vorstand auf, im Interesse der Millionen Gewerkschaftsmitglieder und der Stärkung der IG Metall als Kampforganisation den undemokratischen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der MLPD zurückzunehmen und dem Beschluss der Delegierten des 21. Gewerkschaftstags endlich nachzukommen.

Mach mit in der MLPD!

- Ich möchte Mitglied der MLPD werden
- Ich möchte ein persönliches Gespräch
- Ich möchte weitere Infos

Name

Adresse

Telefon

E-Mail

Weitere Infos unter www.mlpd.de

Ich möchte die Rote Fahne abonnieren:

- 26 Ausgaben (Jahresabo) 55,00 Euro
- 13 Ausgaben (Halbjahresabo) 29,00 Euro
- 6 Ausgaben (Vierteljahresabo) 13,50 Euro
- Jahressozialabo (26 Ausgaben, Begründung beifügen) 35,00 Euro

Name

Adresse

Telefon

E-Mail